

### Verantwortung für kommende Generationen erfordert konsequente Bildungspolitik

**Anlässlich der heutigen Anhörung im Familienausschuss des Deutschen Bundestages spricht sich der Familienbund der Katholiken für umfassende Zukunftsinvestitionen in die Bildung von Kindern und Jugendlichen und für mehr Bildungsgerechtigkeit aus.**

Berlin, 18. März 2024. „Kindern gehört die Zukunft, sie sind unsere künftige Gesellschaft. Daher benötigen sie die beste Bildung, die besten Teilhabemöglichkeiten und die besten Chancen, die die Gesellschaft Ihnen bieten kann“, erklärt Ulrich Hoffmann, Präsident des Familienbundes.

Der Familienbund der Katholiken nimmt heute als Sachverständiger an der öffentlichen Anhörung des Familienausschusses des Deutschen Bundestages teil. Thema ist der von der CDU/CSU eingebrachte Antrag, ein zehn Maßnahmen umfassendes „Kinderzukunftsprogramm“ zu starten. Der Familienbund begrüßt, dass der Familienausschuss die wichtigen Themen Bildung und Bildungsgerechtigkeit in den Mittelpunkt der familienpolitischen Diskussion rückt. Die bestmögliche Bildung von Kindern und Jugendlichen ist eine der großen Herausforderungen unserer Gesellschaft, neben dem Erhalt einer intakten Umwelt und der langfristigen Sicherung der Altersvorsorge, die eng mit der demografischen Entwicklung verbunden ist. Bei diesen Zukunftsherausforderungen gibt es einen breiten, überparteilichen Konsens, jedoch bleiben die Maßnahmen zur Zielerreichung weit hinter dem Notwendigen zurück. Es besteht das strukturelle Problem, dass die Politik mit großem zeitlichem Vorlauf handeln muss, während sich die Auswirkungen erst viele Jahre später zeigen. „Verantwortungsvolle Politik muss jedoch die Interessen der kommenden Generationen im Blick haben und ihnen ausreichendes Gewicht einräumen“, ergänzt Hoffmann.

Im Bereich der Bildung besteht dringender Handlungsbedarf, wie die jüngsten Bildungsstudien zeigen: Laut dem IQB-Bildungstrend 2021 erreicht jedes fünfte Kind in der vierten Klasse nicht die Mindeststandards im Lesen (18,8 %) und in Mathematik (21,8 %). Die IGLU-Lesestudie von 2022 zeigt, dass jedes vierte Kind in der vierten Klasse nicht über die notwendige Lesekompetenz verfügt. Die im Dezember 2023 veröffentlichte PISA-Studie (PISA 2022) zeigt, dass jeder vierte 15-jährige Jugendliche die Mindestanforderungen im Lesen (25 %) und jeder dritte in Mathematik (30 %) nicht erfüllt. Hoffmann führt aus: „Über die letzten Jahre zeigt sich deutlich eine stetige Verschlechterung und eine Korrelation zwischen den Ergebnissen und dem sozioökonomischen Status der Familien. Die zu erwartenden Folgen der Bildungsmisere sind sowohl auf individueller als auch auf gesellschaftlicher und volkswirtschaftlicher Ebene gravierend.“

Für den Familienbund ist es daher wichtig, das Thema Bildung ganz oben auf die politische Agenda zu setzen. Sätze wie "100 Milliarden Euro für Bildung" mögen plakativ klingen oder nach dem jüngsten Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts auch ein wenig aus der Zeit gefallen wirken. Dennoch verdeutlichen sie die Dringlichkeit des

Problems und den bestehenden Reformstau. Wenn das vorgeschlagene "Kinderzukunftsprogramm" auf die "zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel" beschränkt bleibt, kann dies nur ein erster Schritt sein. Um die bestehenden Probleme zu lösen, sind Zukunftsinvestitionen und eine langfristige Stärkung der Bildungspolitik auf allen politischen Ebenen erforderlich.

Eine erfolgreiche Bildungspolitik ist jedoch nicht nur eine Frage des Geldes. Aus Sicht des Familienbundes sollte sowohl auf Bundesebene eine stärkere Rahmensetzung und Qualitätssicherung erfolgen als auch den einzelnen Bildungsinstitutionen mehr Freiheiten eingeräumt werden, um die vor Ort bestehenden Probleme gezielt anzugehen. Da Bildungspolitik derzeit hauptsächlich in der Zuständigkeit der Länder liegt, während der Bund Möglichkeiten der Unterstützung und finanziellen Förderung hat, ist eine gute Abstimmung zwischen Bund, Ländern und Kommunen erforderlich.

Für einen umfassenden Ansatz müssen jedoch nicht nur Investitionen in die frühkindliche Bildung erfolgen, sondern auch in die Zukunftschancen von Jugendlichen. Hoffmann schlussfolgert: „Nur so kann es zu Bildungsgerechtigkeit kommen. Der Bildungserfolg der Kinder darf weder vom sozioökonomischen Status noch von der Herkunft der Familie abhängen. Die Chancengerechtigkeit im Bildungssystem und in der Gesellschaft muss verbessert und zukünftig gewährleistet sein. Bildung ist zudem ein wichtiges Mittel zur Armutsprävention.“

Die Stellungnahme des Familienbundes zur heutigen öffentlichen Anhörung finden Sie [hier](#).

#### **Ohne Familien ist kein Staat zu machen.**

Der Familienbund der Katholiken ist der mitgliederstärkste Familienverband Deutschlands. Ihm gehören 26 Diözesan-, 10 Landes- sowie 11 Mitgliedsverbände an. Seit über 70 Jahren setzt sich der familienpolitische Fachverband für eine familiengerechtere Gesellschaft ein. Der Verband versteht sich als „Stimme der Familien“ – als Interessenvertretung aller Familien in Gesellschaft, Politik und Kirche. Die Rahmenbedingungen für Familien müssen nach Ansicht des Familienbundes so gestaltet sein, dass jede Familie – unabhängig von ihrer jeweiligen Ausprägung – bestmöglich gelingen kann.

#### **Pressekontakt:**

Familienbund der Katholiken – Bundesverband  
Katja Weniger  
Öffentlichkeitsarbeit  
Littenstraße 108, 10179 Berlin

Tel.: +49 (0)30 326 756 0  
Fax: +49 (0)30 326 756 20  
E-Mail: [weniger@familienbund.org](mailto:weniger@familienbund.org)

[www.familienbund.org](http://www.familienbund.org)